

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

5.3.1869 (No. 54)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 5. März.

N. 54.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Erscheinung: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† Berlin, 4. März. Eröffnung des Reichstags des Norddeutschen Bundes. Die Thronrede kündigt Vorlagen an über Gewerbeordnung, Unterstufungswohnstätten, Wohnarrestbeschränkung, Einführung des Handelsgesetzbuchs, Wechselordnung als Bundesgesetz, Errichtung eines obersten Handelsgerichtshofs, Gesetz über gegenseitige Rechtshilfe, Bundeswahlgesetz, die Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, die Nachtragsetats zum Bundesetat für 1870, welcher eine Erhöhung der Bundeseinnahmen fordert, um verschiedene Einnahmeausfälle zu ersetzen. Die Rede erwähnt der abgeschlossenen Postverträge und hebt die Uebernahme des auswärtigen Amtes auf den Bund hervor, um die politische Einheit des Norddeutschen Bundes in einer verfassungsmäßigen und durch die internationale Bedeutung gebotenen Form zum Ausdruck zu bringen. Die Erhaltung des Friedens bilde die erste Aufgabe der auswärtigen Politik, was durch die freundschaftlichen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu allen Mächten erleichtert werde. Die Rede gedenkt schließlich der Pariser Konferenz als Zeugnis des aufrichtigen Strebens der europäischen Mächte, den Frieden unter die gemeinsame Obhut zu nehmen. Angesichts dieser Wahrnehmung sei die Nation, welche den Willen und die Kraft habe, die fremde Unabhängigkeit zu achten und die eigene zu schützen, zum Vertrauen auf die Dauer des Friedens berechtigt, den zu fördern den auswärtigen Regierungen die Absicht und den Feinden der Ordnung die Macht fehle.

† Wien, 3. März. Das vom Ausschuss des Reichsraths angenommene Finanzgesetz pro 1869 beziffert die Staatsausgaben mit 299 Millionen, die Staatseinnahmen mit 296 1/2 Millionen; es ergibt sich somit ein Defizit von 2 1/2 Millionen, welches durch Aufnahme einer schwebenden Schuld zu decken ist. Der Ausschussbericht stellt übrigens die Steigerung einiger Einnahmeposten in Aussicht.

† Bukarest, 3. März. Der ehemalige Telegraphendirektor Jakojanu ist in dem bekannten Fälscherungsprozess zu zweijährigem Gefängnis, zum Verlust des Bürgerrechts, zur Tragung der Gerichtskosten und zu 2000 Datalen Schadenersatz verurtheilt worden.

† Florenz, 3. März. Die Jur-Dispositionsstellung des Grafen Ujedom hat hier einen peinlichen Eindruck gemacht, doch werden die guten Beziehungen zwischen Preußen und Italien keinesfalls dadurch gestört.

Die Kommission, welche wegen Einrichtung der indischen Ueberlandpost durch Deutschland und Italien über Brindisi berathen soll, wird am 15. April hier zusammentreten. 17 Gesellschaften haben ihre Zustimmung erklärt.

† Washington, 3. März. Das Repräsentantenhaus hat einstimmig seine Sympathie mit den spanischen Freiheitsbestrebungen, aber auch mit dem Ringen Cuba's nach Unabhängigkeit ausgesprochen und den Präsidenten zur Anerkennung der Freiheit Cuba's ermächtigt, sobald sich eine faktische Regierung gebildet habe.

Deutschland.

München, 3. März. Im Abgeordnetenhaus wurde die Debatte über die Linien der Eisenbahn-Netzes geschlossen. Der Handelsminister bekämpfte alle beantragten Modifikationen.

Madame de Montferato.

(Aus dem Englischen übersetzt von B. M.)

Es war musthallicher Abend in der Rue de Rivoli. Marian Campbell, ein liebliches Mädchen, das ich seit seiner frühesten Kindheit kannte und das eine herrliche Stimme hatte, war so eben mit einer der brillantesten Bravouraktinnen von Verdi zu Ende gekommen. Jedermann drängte sich an die Sängerin mit Schmeicheleien und enthusiastischen Lobeserhebungen heran. Auch ich war unter der Menge, jedoch nicht um ihr Komplimente über ihren Gesang zu machen, sondern um ihr guten Abend zu wünschen, was mir bis jetzt noch nicht vergönnt gewesen war.

„Göttlich schön!“ sagte Kapitän Lammerby mit matter Stimme.

„Himmlich!“ rief Lady Georgina, indem sie gähnte.

„Hier ist Jemand“, sagte Miss Campbell, als ich mich ihr näherte, „der es weder göttlich noch himmlisch findet.“

„Meine unbedeutende Ansicht hat gar kein Gewicht“, antwortete ich.

„Hat Ihnen nicht Jedermann zu Füßen gelegen und genügt Ihnen das nicht?“

„Das ist Alles ganz gut“, sagte sie mit hellem Lachen, „macht aber Ihre Unbesiegbare nur um so bitterer und fühlbarer. Warum gefällt Ihnen nicht, was ich singe? Ich wünschte so herzlich, daß es Ihnen Beifall fände.“

„Es gefällt mir Alles, was Sie singen, der Komponist jedoch mißfällt mir, dessen Kompositionen Sie immer wählen. Ich bin alt und hinter der Zeit zurück und kann nichts dafür, daß ich finde, daß die Musik zu meiner Zeit ein Gefühl und einen Geschmack besaß, den ich nicht in Verdi, von dem Sie so entzückt sind, finden kann. Ist das Ihr Notenbuch, welches da auf dem Klavier liegt? Lassen Sie mich einen Blick hineinwerfen, ich bin gewiß, daß der dicke Band etwas enthält, das ich von Ihnen singen hören möchte.“

Ich nahm das Buch und fing an die Blätter umzuschlagen. Tra-

nen. Die Abstimmung erfolgt nach stattgefundener Berathung über die sofort auszuführenden Linien.

Berlin, 2. März. Wie schon gemeldet, ist dem Bundesrath in diesen Tagen der Etat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten des Norddeutschen Bundes auf das Jahr 1870 vorgelegt worden. Der Bundeskanzler hat, wie die „D. A. Z.“ meldet, die Uebertragung dieses Ministeriums auf den Bund mit dem folgenden Schreiben vom 22. Februar an den Bundesrath motivirt:

Der Norddeutsche Bund trägt vermöge seiner auf den Schutz des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechts, sowie auf die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volks gerichteten Zwecke und vermöge seiner von jeder Kündigungsfrist unabhängigen Dauer den Charakter einer völkerechtlichen Persönlichkeit. Durch die Beglaubigung der Königl. preussischen Gesandten bei den außerdeutschen Höfen und Regierungen als Gesandte des Bundes, durch die Beglaubigung der bei dem preussischen Hof akkreditirten Gesandten außerdeutscher Staaten als Gesandte bei dem Bund, durch zahlreiche völkerechtliche Verträge ist die völkerechtliche Persönlichkeit des Bundes in den allgemeinen internationalen Verkehr eingeführt.

Je vielfältiger und mannichfaltiger die völkerechtlichen Beziehungen sind, in welche der Bund während der kurzen Zeit seiner Begründung getreten ist, um so entschiedener gewinnt seine völkerechtliche Seite immer mehr an Bedeutung. Die tägliche Erfahrung in den laufenden Geschäften zeigt, daß das Ausland diese Bedeutung anerkennt; sie beweist aber auch, daß die bestehende Organisation nicht ausreicht, um diese Bedeutung zur vollen Geltung zu bringen. Zu diesem Zweck ist es nach der Ansicht des Präsidiums erforderlich, daß die politischen Angelegenheiten des Bundes nicht ferner von einer Behörde eines der Bundesstaaten, dem preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, sondern von einer dem Bund angehörenden Behörde wahrgenommen werden, und daß die politische Vertretung des Bundes im Ausland nicht ferner als ein Nebenamt durch preussische Beamte, sondern durch Bundesbeamte erfolge.

In diesem Sinn hat der vom Reichstag in seiner letzten Session gestellte Antrag auf Einverleibung der Gesammkosten für die auswärtige Vertretung des Bundes in den Bundeshaushalts-Etat für 1870 keine Berücksichtigung. Der ungesetzliche Bundeskanzler beehrt sich daher, den Antrag zu stellen, daß der Bundesrath die Aufnahme des vorliegenden Etats für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in den Bundeshaushalts-Etat für 1870 beschließen wolle.

Daß dieser Antrag dem Gesandtschaftsrecht der einzelnen hohen Bundesregierungen keinen Eintrag thut, glaubt der Unterzeichnete kaum bemerken zu müssen.

Bundesgesandte werden künftighin beglaubigt sein in Athen, Buenos-Ayres, Brüssel, Karlsruhe, Konstantinopel, Kopenhagen, Darmstadt, Florenz (25,000 Thlr.), Haag, Lissabon, London (43,000 Thlr.), Madrid (18,000 Thlr.), München, Paris (32,000 Thlr.), Peking (20,000 Thlr.), Petersburg (40,000 Thlr.), Rio-de-Janeiro, Rom, Schweiz, Stockholm, Stuttgart, Washington (18,000 Thlr.), Wien (30,000 Thlr.). — Nur an einigen Höfen norddeutscher Bundesstaaten (Sachsen, Oldenburg u.) sollen darnach künftighin preussische Gesandtschaften beglaubigt bleiben, so daß auch ein preussisches Ministerium des Auswärtigen in diesem engen Rahmen bestehen bleibt.

Berlin, 3. März. Die „Provinzial-Corresp.“, indem sie die Frankfurter Angelegenheiten eingehend bespricht, sagt, dieselbe habe durch die Annahme der Gesekentwürfe von

Seiten des Abgeordneten- und des Herrenhauses endgiltige Erledigung gefunden. Das genannte Blatt sagt ferner: Der Reichstag des Norddeutschen Bundes werde vornehmlich dafür sorgen müssen, den Bund für seine notwendigen und regelmäßigen Ausgaben mit selbständigen Einnahmen auszustatten, auch für die Verbindung des Norddeutschen Bundes mit den Südstaaten mannichfache Anknüpfungen in Erwägung zu ziehen haben. Bezüglich der Erklärung des Kultusministers, in Folge der Breslauer Petition zu Gunsten der konfessionslosen Schulen, welche die Kammer dem Ministerium zur Berücksichtigung überwiesen hatte, sagt das Blatt, dieselbe lasse entnehmen, daß die Staatsregierung den in erwähnter Petition ausgesprochenen Wünschen keine Folge geben könne.

Berlin, 3. März. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittag die kommandirenden Generale des 9. und des 10. Armeekorps, Generale der Infanterie v. Marsch und v. Voigts-Rhech, welche bezw. aus Schleswig und aus Hannover hier eingetroffen sind. Nachmittags konferirte Se. Majestät mit dem Grafen v. Bismarck, welcher seit seiner Erkrankung gestern zum ersten Mal das Zimmer wieder verlassen konnte. Das Unwohlsein des Grafen ist aber noch nicht ganz gehoben. Heute wurde er durch seinen leidenden Gesundheitszustand noch verhindert, zur Beantwortung einer Interpellation über den Kartellvertrag mit Rußland im Abgeordnetenhaus zu erscheinen.

Der Schluß des preussischen Landtags erfolgt am Samstag den 6. März, Nachmittags, im Weißen Saal des Königl. Schlosses. Wie verlautet, ist es neuerdings wieder zweifelhaft geworden, ob Se. Maj. der König in Person den Schlußtag vollziehen werde. Sollte dies nicht geschehen, so dürfte die Unterlassung sich aus einer Rücksichtnahme auf diejenigen Landtags-Mitglieder erklären, welche theils schon in die Heimath gereist sind, theils ihre Abreise von Berlin befehlen, dabei aber es als ihre Pflicht betrachten, an feierlichen Königl. Schlußsitzungen Theil zu nehmen.

Nachrichten aus Kopenhagen zufolge haben die Unterhandlungen, welche von Seiten der dänischen Regierung mit Nordamerika über die Abtretung der westindischen Besitzungen Dänemarks an die Nordamerikanische Union geführt werden, noch immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch der in Washington weilende dänische Kriegsminister General Raaskoef ist bis jetzt nicht im Stande gewesen, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Der General wird in der Verwaltung des Kriegsministeriums jetzt durch den Ministerpräsidenten Baron Frijs v. Frisenborg vertreten. Früher war der dänische Marineminister mit dieser Stellvertretung beauftragt, ist von derselben aber neuerdings wieder entbunden worden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. März. Die „Oesterr. Corresp.“ meldet offiziös, der König von Hannover habe einen neuen Protest gegen das preussische Beschlagnahmegesetz an sämtliche Souveräne gerichtet. — Die Kreditanstalt macht kund, die Direktion beantrage die Vertheilung einer Superdividende von 16 fl. (mithin eine 13proz. Verzinsung des Aktienkapitals), nachdem 500,000 fl. dem Reservefonds zugesprochen worden, welcher dadurch auf zwei Millionen erhöht wird.

Brag, 2. März. Vor der Reise des Erzbischofs ward

welche im Begriff ist, eine brillante Heirat zu schließen. Hören Sie sie je in den Tagen ihres Glanzes?

„Nein. Leider war ich gerade Student in Heidelberg, als sie den Leuten hier und in England die Köpfe verdrehte, und als ich nach 3 Jahren des Wanderns durch die Welt nach Hause kam, hatte sie bereits die Bühne verlassen und sich verheiratet. Sie ist die einzige Sängerin von Bedeutung, die ich nicht gehört, und ich habe dies stets außerordentlich bedauert.“

„Wäre es Ihnen angenehm, ihre Bekanntschaft zu machen? Wenn das ist, so will ich Sie ihr vorstellen. Sie ist eine der liebenswürdigsten, besten Frauen, eine alte Freundin meines Vaters und deshalb die Güte selbst gegen mich, den sie als als de la maison behandelt. Sie empfängt jeden Abend von 9 bis 11 Uhr und ist kreuzt, Jeden zu sehen, den ich mitbringe. Wir können, wenn es Ihnen recht ist, morgen Abend zu ihr gehen!“

„Glauben Sie, daß irgend eine Aussicht vorhanden ist, sie singen zu hören?“

„Ich kann nicht dafür stehen“, erwiderte er. „Sie ist etwas unschlüssig und launig und hat zudem viel amour propre, obgleich ihre Eitelkeit so harmlos ist wie die eines Kindes. Selbst jetzt noch, wenn ihr irgend eine Kolatur besonders gut gelingt und man applaudirt, so erröthet sie bis an die Haarwurzeln. Jüngst, als sie sang, verlagte ihre Stimme und sie brach darüber in leidenschaftliches Weinen aus und wurde ganz krank. Heute dagegen war sie ganz en verve und sang uns erst: „Chi t'ha fatta sta scarpetta“ und sodann einige ernste Lieder, mit unbeschreiblichem Gefühl.“

Wie verabredeten unsern Besuch auf den nächsten Abend; die Duetts sollte am Samstag nach Italien zurückkehren und dies war bereits der Donnerstag. Ich bat um die Vergünstigung, Marian Campbell mitbringen zu dürfen, welche, obgleich sie eine ernste Engländerin war, doch ein für alles Edle und Schöne begeistertes Gemüth besaß.

(Fortsetzung folgt.)

eine Sitzung des Konfistoriums abgehalten, in welcher als Beschluß die Fernhaltung des Klerus von der Teilnahme an der Schulaufsicht ausgesprochen wurde. In der Versammlung des Wiener Episcopats wird darüber entschieden werden, ob der Verordnung des Unterrichtsministeriums aktiver oder passiver Widerstand entgegenzusetzen sein solle.

Pesth, 1. März. Zwei Bataillone Infanterie sind zur Verhinderung von Wahlerzessen gestern in die Gegend von Erlau und Fünfkirchen abmarschirt. Morgen soll die Entsendung eines königl. Kommissärs in das Pesther Komitat stattfinden.

Agram, 2. März. Der Landtag ward heute eröffnet. Der Präsident betont in seiner Ansprache, daß die Ankunft des Königspaars ein gutes Zeichen für die Abhaltung des Landtags sei.

Frankreich.

Paris, 2. März. (Köln. Ztg.) Die Skeptiker hatten Recht. Weber H a u s m a n n sah sein Entlassungsgesuch angenommen, noch trat Forcade de la Roquette zurück. Die maßgebenden Kreise hielten es für besser, den Sturm ruhig vorübergehen zu lassen, indem sie auf die Leichtgläubigkeit und die Gewohnheit, schnell zu vergessen, rechneten, die den guten Pariser so sehr eigen ist. In acht Tagen denkt kaum noch Jemand an die präfabrierte Hausmann's in dieser letzten Zeit. Der Staatsrath freilich ist wenig erbaut davon, daß man ihn erst den Vertrag der Stadt Paris mit dem Credit Foncier gutheißen ließ, eigentlich gegen seine bessere Ueberzeugung, und daß man dann durch Rouher diese Gutheißung werthlos machte, indem man selbst auf die Aenderung des § 1 der Vorlage antrug und so dem Staatsrathsbeschlusse förmlich ins Gesicht schlug. Die neue Redaktion, welche der Stadt Paris das Recht gibt, ihr Schuldverhältnis zum Credit Foncier nach eigenem Ermessen sofort durch eine neue direkte Anleihe zu lösen, konnte demnach auch in dieser Körperschaft lediglich mit einer Mehrheit von 5 gegen 4 Stimmen zur Annahme gelangen. Wagne, der Finanzminister, seinerseits möchte die städtische Anleihe, die nun doch kommen wird, so spät als möglich auf den Markt gebracht sehen, weil die Ratenzahlungen auf die letzte Staatsanleihe ja zum Theil noch ausstehen und erstere auf deren richtiges Eingehen wohl störend einwirken könnte. Trotzdem zurückzuführen doch gestern Abend in den politischen Kreisen mehrere neue Ministerlisten, die aber ersichtlich ihre Existenz lediglich der Nachricht vom Tode des Senatspräsidenten Troplong verdankten.

Paris, 3. März. Das gestern erschienene Buch des Hrn. E. Ollivier bringt unter Andern auch den Wortlaut eines Briefes, den der Kaiser am 12. Jan. 1867 an Hrn. Ollivier geschrieben hat. Am 11. Jan., nämlich dem Tag, nachdem Hr. E. Ollivier zum ersten Mal Zutritt zu den Tuilleries erhalten hatte, schrieb er an den Kaiser einen Brief, welcher die Ideen resumirte, die er Tags zuvor gegen den Kaiser ausgesprochen hatte. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten; sie lautete folgendermaßen:

Ich danke Ihnen, mein Herr, für den Brief, den Sie mir gesandt und der das eben so kurz gefaßte als klare Résumé unserer Unterredung enthält. Unsere Zwiesprache hat in mir den angenehmsten Eindruck zurückgelassen; denn es ist für mich eine große Genugthuung, mit einem Manne zu sprechen, dessen hohe und patriotische Gesinnung weit über den kleinlichen Interessen der Personen oder der Parteien steht.

Ogleich ich entschlossen bin, den Weg einzuschlagen, dessen Endpunkt ich vor einigen Monaten Balawski vorgezeichnet, so möchte ich doch noch mit Ihnen und Rouher über die Einzelheiten der Ausführung sprechen. Seien Sie überzeugt, daß, was mich zurückhält, weder die Unwissenheit, noch eine eitle, törichte Affenliebe (vaine infatuation) für meine Vorrechte ist, sondern die Furcht, mich der Mittel zu berauben, in diesem Lande, das von so viel verschiedenen politischen Leidenschaften durchwühlt ist, die moralische Ordnung, die wesentliche Grundlage jeder Freiheit, wieder herzustellen. Was mich beunruhigt in Bezug auf ein Preßgesetz, das ist nicht, die Kraft zu finden, welche im Zaume hält, sondern die Art und Weise, in einem Gesetz die Vergehen festzustellen, welche eine Bestrafung verdienen. Die gefährlichsten Artikel können sich jeder Beurtheilung zu entziehen wissen, während die unbedeutendsten leicht der Strenge des Gesetzes zum Opfer fallen. Die Schwierigkeit hat von jeher hierin bestanden.

Nichtdestoweniger, um die Geister mit einer entscheidenden Maßnahme zu treffen, möchte ich mit einem Schlag Das herstellen, was man die „Königliche Verfassung“ genannt hat; ich möchte es thun, um nie mehr darauf zurückkommen zu müssen, denn es kommt mir und es kommt vor Allem dem Land darauf an, bestimmt zu wissen, woran man ist. Man muß in entscheidender Weise das Ziel vorzeichnen, das ich erreichen will, ohne daß es das Ansehen hätte, als werde ich von Jahr zu Jahr zu aufeinanderfolgenden Zugeständnissen gezwungen; denn man fällt immer, wie das schon Hr. Guizot gesagt hat, nach der Seite hin, nach der man hinweist, und ich will fest und aufrecht gehen, ohne bald nach rechts oder nach links hinzuschwanken.

Sie sehen, daß ich mit großem Freimuth zu Ihnen spreche; Sie haben mir vollkündiges Vertrauen eingefloßt, und meine Inspirationen werden mir stets am so besser erscheinen, wenn sie den Ihrigen entsprechen. Seien Sie überzeugt von meinen wärmsten Gefühlen.

Napoleon.

Dieser Brief — fügt Hr. Ollivier bei — ist sicherlich eines der wichtigsten Aktenstücke aus der Regierungsgeschichte Napoleons III., und wenn spätere Jahrhunderte sich das Bild dieses Mannes werden aus seinem Thun und Lassen herauskonstruiren wollen, wird ihnen dieses Schreiben unsehbar von größerer Bedeutung sein, als ganze Jahrgänge gedruckter und ungedruckter Kammerreden.

Die „France“ veröffentlicht eine Reihe von Beitrittserklärungen verschiedener Blätter von Paris und aus den Provinzen, sowie einiger Privatpersonen zur Errichtung eines Denkmals für Lamartine. Das Leichenbegängniß derselben kann in Folge der testamentarischen Vorschriften des Verstorbenen nicht in Paris stattfinden. Es sind daher Veranstaltung von der Regierung getroffen worden, daß das Dekret des Kaisers in St. Point zur Ausführung gebracht werde. Dem Präseten des Departements Saone-et-Loire,

sowie dem Kommandanten der Armee von Lyon sind darauf bezügliche Befehle zugegangen. Die Leiche ist heute nach dem Bahnhof der Lyoner-Bahn gebracht worden und wird heute Abend nach Macon abgehen. Das Leichenbegängniß wird morgen um 8 Uhr stattfinden. Dem ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen gemäß wird an seinem Grabe keine Rede gehalten werden. — Rente 71.25, Cred. mob. 288.75, ital. Anf. 57.40.

Spanien.

— Ueber die Ruhestörungen von Barcelona schreibt man von dort dem „Siecle“:

Ein Komplott, welches die gefährlichsten Folgen hätte haben können, war auf dem Punkte, in Barcelona zum Ausbruch zu gelangen. Schon seit einiger Zeit wußte man, daß ein gewisser B i r a t t a, genannt el Chato (der Stumpfnasige), ein ehemaliger Offizier Carlistischer Banden, sich öffentlich zu extremen republikanischen und sozialistischen Ansichten bekannte. Zum Präsidenten des demokratischen Klubs der Straße San-Pablo ernannt, predigte er in denselben die gefährlichsten Lehren. Man glaubt, daß es unter seiner Leitung geschah, wenn Unruhestifter die Freiwilligen, welche sich für Kuba anwerben ließen, von ihrem Vorhaben abzubringen und die Soldaten der Garnison sowie die Truppen, welche in Barcelona eintrafen, um dort eingeschifft zu werden, zu verführen suchten. Wie es scheint, war man übereingekommen, daß in der letzten Nacht (vom 24. Februar), um Mitternacht, die Anführer aus der Provinz sich mit denen der Stadt vereinigen sollten, und daß dann die Bewegung ausbrechen sollte. Der Plan der Haupter des Komplotts wäre gewesen, die städtischen Freiwilligen in ihren Kasernen zu überfallen und sich ihrer Waffen zu bemächtigen, sodann nach der Kathedrale zu ziehen, um die Sturmglöde zu läuten, Barricaden in verschiedenen Stadtteilen zu errichten, sich der Kasernen der Bank zu bemächtigen und sechshundert der reichsten Häuser der Stadt, deren Väter man bei den Verschwornen gefunden haben soll, in Kontribution zu setzen, endlich das Ayuntamiento, die Provinzialdeputation und alle Behörden abzusetzen, Männer der Partei an ihrer Stelle zu ernennen und die föderative und soziale Republik auszurufen. Inzwischen hatte man ohne Geräusch an maßgebender Stelle die klüglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, so daß die Bürger erst heute früh Alles erfuhr, was vorgegangen war. Die Truppen und die Freiwilligen waren konfigurirt, die Posten verstärkt, die Kathedrale, die öffentlichen Gebäude und die Zugänge der Stadt unter Wache gestellt, Freiwillige waren auch in verschiedenen Häusern oder auf Terrassen postirt worden. Als die Ruhestörer so ihre Pläne entdeckt sahen, zersetzten sie sich. Mehrere von ihnen wurden verhaftet, etwa dreißig, welche sich in eine Ziegelbrennerei oder in eine Seilerwerkstätte der Ensanche (der neuen äußeren Stadt) geflüchtet hatten, wurden verfolgt und mit den Waffen in der Hand ergriffen. Heute früh ist B i r a t t a verhaftet und nach dem Hotel des Gouverneurs abgeführt worden. Inmitten dieser Ereignisse war die Haltung der Bevölkerung eine im höchsten Grade beruhigende.

Großbritannien.

London, 2. März. Unterhausung vom 1. März.

Schon geraume Zeit vor dem Beginn der Sitzung füllte sich der Saal, und als nach den einleitenden Geschäften Gladstone sich erhob, um Konstituierung des Hauses zum Komitee und Beratung der Beschlüsse über die Staatskirche und das katholische Seminar, sowie der ersten Resolution, welche im vergangenen Jahre unter seiner Leitung durchgegangen war, zu beantragen, da war auch kein Zoll Sitz- oder Stehraum im ganzen Hause frei.

Begrüßt mit lauten Zurufen ging der Premier dann dazu über, in dreißigminütiger Rede seinen in der vorgelegten Bill enthaltenen Plan über Abschaffung der Staatskirche in Irland zu entwickeln. Anknüpfend an die früher gegebenen Versprechungen schied der Redner den näheren Angaben über die Vorlage die allgemeinen Bemerkungen voraus, eine Maßregel zu dem mehrerwähnten Zweck müsse zunächst sofort sich wirksam erweisen, dabei aber gleichzeitig durchgreifend und milde im Charakter sein, schnell und leicht arbeiten und die Frage in jeder Beziehung endgiltig erledigen. Den weiteren Vortrag über den Gegenstand wußte er jedoch in drei Abschnitte: seine augenblickliche Wirkung, seine auf einen bestimmten Zeitraum beschränkte Wirkung, und seine Wirkung, nachdem der Liquidationsprozeß über das Vermögen der irischen Kirche beendet sei.

An erster Stelle bestimmt die Bill, daß an Stelle der gegenwärtigen irischen Kirchenkommission auf 10 Jahre eine neue Kommission treten soll, welche sofort die Einkünfte der Kirche, unbeschadet der Interessen ihrer gegenwärtigen Nutznießer, übernimmt. Damit wäre gesetzlich die Trennung der Kirche vom Staat und die Eingiehung der Güter vollzogen. Inzwischen soll praktisch erstere erst am 1. Jan. 1871 vor sich gehen, d. h. mit diesem Zeitpunkt verlieren die irischen Bischöfe ihren Sitz im Oberhaus, alle kirchlichen Korporationen sind aufgehoben, die geistlichen Gerichtshöfe geben ein und die Kirchengesetze verlieren ihre bindende Kraft als Landesgesetze. Alle Ernennungen zu geistlichen Stellen, welche bis dahin gemacht worden, sind provisorischer Natur, und verlieren den betreffenden Geistlichen keine weiteren Ansprüche. Um die Reorganisation der nunmehr von der englischen Kirche losgetrennten Gemeinschaft zu unterstützen und die Entstehung einer Versammlung zu erleichtern, die im Namen der irischen Kirche unterhandeln könnte, soll der Königin und dem Geh. Rath die Vollmacht übertragen werden, eine von der irischen Kirche gewählte konstituierende Versammlung anzuerkennen und ihr Korporationsrechte zu erteilen.

Ueber die Kirchengüter und den Prozeß der Eingiehung sprach Gladstone eine volle Stunde. Nach dem Plan würde die neu zu ernennende Kommission das Einkommen der einzelnen Pfründeninhaber feststellen, davon seine Kosten für Hilfsgeistliche (Curates) abziehen und ihm den Nettobetrag auszahlen, so lange er seine Amtspflichten erfüllt. Es würde ihm freigestellt bleiben, statt dessen die Umwandlung dieser Einkünfte in eine Lebensrente nachzuziehen. Bezüglich der Hilfsgeistlichen würde nach demselben Prinzip verfahren. Privatankünften an Kapitalien bis zum Jahr 1860 zurück würden der Kirche unverfehrt verbleiben. In Betreff der Kirchen würde ein Gleiches geschehen, wenn sich die Gemeinde verbindlich mache, die Erhaltungskosten zu tragen. Die St. Patrick's-Cathedrale in Dublin dagegen und etwa ein Duzend anderer, namentlich ausgeführter Kirchen sollen als nationale Baudenkmäler auf Staatskosten im Stande gehalten werden. Die Pfrundwohnungen ferner würden unter derselben Bedingung wie die Kirchen den Gemeinden oder vielmehr der Gesamtheit derselben vertretenden Versammlung übergeben werden und die Friedhöfe wären mit Vorbehalt aller bestehenden Rechte bei den

Kirchen bleiben. Auch wären den Gemeinden gegen ein Billiges Ländereien zum Gebrauch des Geisteslichen käuflich zu überlassen. Die presbyterianischen Geistlichen wie die katholischen, welche auf Kosten der Regime Dome's und der Dotation für das Seminar in Maynooth angestellt sind, würden in derselben Weise abgefunden, wie diejenigen der Staatskirche, und es soll der 14 fache Betrag der verschiedenen Gehalte kapitalisirt den genannten Religionsgenossenchaften ein für allemal zugewiesen werden, um die Härte des plötzlichen Ueberanges zu mildern.

Die jetzt bestehende Pachtabgabe, welche, aus dem früheren Zehnten umgewandelt, einen Haupttheil der Kirchenginkünfte, kapitalisirt etwa 9,000,000 Pf. St., darstellt, geht mit der Zeit gang ein und zwar so, daß die Landwirthe sie entweder um das 22 1/2 fache des jährlichen Betrages ablösen, oder aber in 15 Jahren in jährlichen Abschlagszahlungen wie eine gleichzeitig zu verzinsende und zu tilgende Anleihe abtragen. Neben den aus der Pachtabgabe erzielten 9,000,000 Pf. St. beläuft sich der übrige Besitz der Kirche noch auf 7,000,000 Pf. St. Die Hälfte des Gesamtbetrags würde auf Entschädigungen, Abfindungen, Abzahlungen von Hypotheken und die Kosten der Liquidation zu verwenden sein (4,800,000 Pf. St. für die Geistlichen, 800,000 Pf. St. für Hilfsgeistliche, Entschädigung für Laien 900,000 Pf. St., Hypotheken 250,000 Pf. St., Abfindung der Presbyterianer 1,000,000 Pf. St. und Kommissionsauslagen 200,000 Pf. St.). In der Frage, was soll mit den übrig bleibenden 800,000 Pf. St. geschehen, gipfelte sich Gladstone's Rede, und er erhobte noch die erwartende Spannung seiner Zuhörer, als er eine Reihe von Vorschlägen, die von anderer Seite gemacht worden waren, nach der Reihe abfertigte, bevor er erklärte, er wolle diese Summe zur Bänderung unvermeidlicher Unglücksfälle und Leiden, die zunächst nicht in den Bereich der Armengehilfe fallen, verwenden. Im Einzelnen bestimmte er dann 185,000 Pf. St. jährlich für Irrenhäuser, 20,000 Pf. St. für Asylenhäuser für Blödsinnige, 30,000 Pf. St. für Taubstummen- und Blindenanstalten, 15,000 Pf. St. für die Heranbildung von Krankenwärterinnen, 10,000 Pf. St. für Besessenenanstalten und 51,000 Pf. St. für Grabschäfts-Kranken Häuser — im Ganzen 311,500 Pf. St. jährlich. Gladstone endete seine Rede mit einem an das Haus gerichteten und von laudem Beifall begleiteten Schluß, in welchem er die Bill als folgenschwer und bedeutend, als einermäßen hart für den irischen Klerus, aber doch als milde und gerecht charakterisirte und trotz des bedeutenden Umfangs dieser Angelegenheit ihr doch eine baldige Erledigung vorkersagte.

D i s r a e l i erklärte darauf mit Entschiedenheit nochmals den Protest der Opposition gegen Prinzip wie Einzelheiten der Bill, bezogene Trennung der Kirche vom Staat als politischen Irrthum und Eingiehung der Güter zu weltlichen Zwecken als einfache Konfiskation, und rief schließlich seinen politischen Freunden, sich jetzt nicht der Bill zu widersetzen, sondern ihren Widerstand für die zweite Lesung aufzusparen. Bis zu diesem Zeitpunkt verlangte er indessen eine wenigstens dreiwöchentliche Frist. Gladstone fand diesen Zeitraum zu lang, und man kam nach einigem Hin- und Herreden überein, die zweite Lesung für den 18. d. festzusetzen. Die Bill wurde darauf zum ersten Male gelesen und das Haus vertagte sich gegen 9 1/2 Uhr Abends.

Amerika.

Neu-York. General Grant hat am 13. Februar die erste öffentliche Anündigung über die Politik gegeben, die er zu verfolgen gedenkt. Es war bei der Gelegenheit, als ein Ausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses ihm das Ergebnis der Stimmzählung amtlich mittheilte und im Namen des Kongresses ihm seine Bestallung zum Präsidenten der Verein. Staaten auf vier Jahre vom 4. März 1869 an überreichten. Grant antwortete hierauf:

Ich kann Ihnen versichern, daß es mein Bestreben sein wird, nur solche Männer zu meiner Hilfe heranzuziehen, welche die nach Ihrer Aussage von dem Lande gewünschten Grundsätze verwirklichen werden: Sparsamkeit, Einschränkung, ehrliebe Eingiehung der Steuern und Verschwendung der Staatsgelder. Gelingt es mir nicht bei der ersten Auswahl, so werde ich keinen Augenblick ansetzen, mit der Zustimmung des Senates, welcher das Bestätigungsrecht hat, eine zweite oder gar eine dritte zu treffen und nicht minder einen der von mir selbst als der von meinem Vorgänger angefertigten Beamten abzugeben. Darin würde ich keinen Unterschied machen. Einen Punkt kann ich hier berühren, die Wahl eines Kabinetts. Ich habe stets das Gefühl gehabt, daß es unpassend von mir wäre, vor der Anündigung der amtlichen Erklärung des Wahlergebnisses — obwohl ich über deren Natur keinen Zweifel haben konnte — mit den Männern in Unterhandlung zu treten, die ich gern in mein Kabinet einladen möchte. Reichliches Nachdenken aber hat mich belehrt, daß ich keinen Mann des ganzen Landes aufordern könnte, ohne daß Freunde irgend eines Andern sich Mühe geben, ihren Einfluß durchzubringen. Das kann ich aus der großen Zahl von Gesuchen entnehmen, die schriftlich und in anderer Weise für diesen oder jenen Kandidaten von verschiedenen Vereinen oder Deputationen an mich gerichtet werden. Machte ich meinen Entschluß voraus bekannt, so würden Anstrengungen gemacht, denselben zu ändern, und ich werde daher nicht eher bekannt machen, wen ich erlösen werde, in mein Kabinet einzutreten, als bis ich die Namen dem Senate zur Bestätigung einsehe. Jedenfalls werde ich erst in den zwei oder drei Tagen vor diesem Zeitpunkt mit den Männern selbst darüber sprechen. Ich halte es für gut, diese öffentliche Erklärung abzugeben, damit meine Absichten bekannt werden.

Diese Ansprache, die längste Rede, welche Grant je gehalten, wurde wohl aufgenommen. Als später die Beglückwünschungen vor sich gingen, waren Republikaner und Demokraten gleich herzlich in ihren Freundschaftsbetheuerungen und wurden von dem General mit gleicher Zuversichtlichkeit empfangen. Grant wird sich offenbar von den Parteien so viel wie möglich unabhängig hinstellen.

Neu-York, 16. Febr. Am 4. März, um die Mittagsstunde, wird General Grant dem Oberrichter Chase den durch die Verfassung vorgeschriebenen Amtseid ablegen, und seine Verwaltung als 18. Präsident der Verein. Staaten beginnen. Abgesehen davon, daß Hr. Andrew Johnson wahrscheinlich im Zuge stehen, jedenfalls aber nicht mit seinem Nachfolger in nördlichen Wagen fahren wird, werden die Zeremonien dieselben sein, wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, nur wegen Grant's allgemeiner Beliebtheit viel großartiger. Der neue Präsident wird von den Einwohnern Washington's und den Mitgliedern der Regierung im Aufzuge nach dem Kapitol geleitet; dort findet die Eidesleistung

statt, dann folgt die Inaugurationsadresse, und am Abend ein „Inaugurationsball“. Zahlreiche politische Delegationen aus allen Theilen des Landes werden an den Festlichkeiten Theil nehmen; und daß es an Fremden nicht mangeln wird, dafür bürgt der Umstand, daß schon jetzt die Mehrzahl der Hotels und Privatwohnungen vermietet sind.

Am die Mittagsstunde des 4. März beginnt auch die erste Sitzung der ersten Session im 41. Kongreß — und zwar in beiden Häusern mit einer starken Majorität auf Seiten des neuen Präsidenten. Von den 66 Senatoren sind 54 Republikaner und nur 12 Demokraten. (Ein vollständiger Senat würde aus 74 Stimmen bestehen, 2 für jeden der 37 Staaten; Virginia, Mississippi und Texas sind jedoch ohne Vertretung, während man den beiden Senatoren für Georgia bisher den Zutritt unterzagt hat.) Die Demokraten haben fast alle ihre Führer im Senat verloren, und wenn nicht neue Mitglieder große Fähigkeiten verrathen, ist's schlecht um die Partei bestellt. Auf republikanischer Seite wird voraussichtlich Senator Morton (Indiana) die Führerschaft übernehmen. — Im Repräsentantenhause haben die Demokraten, den bisherigen Wahlergebnisse zufolge, an quantitativer wie an qualitativer Stärke gewonnen. Von den 205 bis jetzt gewählten Repräsentanten (das Haus zählt im Ganzen 242 Mitglieder) sind 134 Republikaner und 71 Demokraten. Auf republikanischer Seite stehen zwei Kandidaten für die Führerschaft — General Schenk, der Präsident des Subsidienausschusses, und General Buttler. Die Session wird voraussichtlich mehrere Wochen dauern.

New-York, 16. Febr. Aus Washington wird gemeldet, daß Reverdy Johnson Urlaub zu einem Besuch der Vereinigten Staaten nachgesucht und erhalten habe. — Der zwischen den Vereinigten Staaten und der Regierung von Columbia (Neu-Granada) abgeschlossene Vertrag konzeivirt den Vereinigten Staaten das ausschließliche Recht, den Strom von Darien an einem beliebigen Punkt behufs Herstellung eines interozeanischen Kanals zu durchstechen. Die columbische Regierung tritt sechs Meilen Landes zu beiden Seiten des Kanals (dessen Kosten auf hundert Mill. Doll. veranschlagt sind) ab, erhält dafür während der ersten zehn Jahre 10 Proz. des Netto-Einkommens, und nachdem die Kosten des Kanals sich gezahlt haben, bis zum Ablauf des Charters (im Ganzen hundert Jahre), 25 Proz. des Reingewinnes. Der Vertrag muß von den Vereinigten Staaten innerhalb zehn Monaten ratifizirt, die Vermessung in zwei Jahren nach erfolgter Ratifikation und der ganze Kanal vor Ablauf von 15 Jahren vollendet sein; im andern Fall erlischt der Charter. Die Kontrolle des Kanals fällt den Vereinigten Staaten, die Festsetzung der Durchgangsgebühren dem Kongreß derselben zu. Während Friedenszeiten soll der Kanal allen Nationen offen stehen, im Fall eines Krieges aber den kriegführenden Mächten geschlossen sein.

* Nachtrag zum französischen Selbstbuch.

Paris, 3. März. Der so eben veröffentlichte Nachtrag zu den diplomatischen Aktenstücken über den griechisch-türkischen Konflikt bildet ein 254 Seiten starkes Fest; es beginnt mit einem Schreiben des französischen Konsuls in Candia, Hrn. Champefeu, an den Minister des Auswärtigen, Marquis v. Montier, vom 6. Sept. 1868 und schließt ab mit einem Telegramm des französischen Gesandten in Konstantinopel an den französischen Minister des Auswärtigen vom 22. Februar, welches anzeigt, daß die türkischen Häfen der griechischen Flagge wieder geöffnet und alle gegen die Griechen ergriffenen Maßregeln wieder aufgehoben worden sind.

Die sieben Protokolle der Sitzungen der Konferenz nehmen allein 109 Seiten ein. Auf das erste Protokoll folgt die Note, welche der türkische Gesandte, Hr. K. Anagabé, unterm 9. Jan. an den Präsidenten der Konferenz schrieb, um demselben zu erklären, warum er der Einladung, derselben mit nur beratender Stimme beizuwohnen, nicht folgen könne. Es heißt darin:

Wenn die Türkei in ihrer Eigenschaft als Unterzeichner des Vertrags von 1856 zur Konferenz zugelassen worden und Griechenland ausgeschlossen ist, so muß ich bemerken, daß der besondere Zwischenfall, auf den die Konferenz sich zu beschränken beabsichtigt, den Bestimmungen dieses Vertrags ganz fremd ist, welcher, als Grundlage zur Zusammensetzung der Konferenz genommen, den Grundbehold hat, den beiden gleichberechtigten Theilen, welche gegenseitig Beschwerden vorbringen, eine ungleiche Lage zu geben. Ob die Konferenz ein Schiedsrichter oder ein Ausöhnungswort im Auge hat: in dem einen wie in dem andern Fall kann Griechenland nur in gleicher Berechtigung mit der Türkei daran Theil nehmen.

In einem Telegramm des französischen Ministers des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Athen vom 10. Januar über diesen Zwischenfall heißt es:

Wie in dem Protokoll der ersten Sitzung erklärt wird, ist die Konferenz unter den Höfen zu Stande gekommen, welche Unterzeichner des Vertrags von Paris waren und kraft des Protokolls vom 14. April 1856. Aus diesem einzigen Grunde und nicht in der Absicht, die Lage, die Würde und die Rechte Griechenlands zu verkümmern, geschah es, daß der Vertreter Griechenlands berufen worden ist, dabei mit beratender Stimme zu figuriren. Die Bevollmächtigten haben sich darüber gerührt, die schwere Verantwortlichkeit anzuerkennen, die der hellenischen Regierung anheimfallen würde, wenn sie bei ihrem unerwarteten Beschluß, sich zu enthalten, beharren würde, und sie haben beschlossen, daß der Präsident im Namen der Konferenz das Athener Kabinett auffordern würde, von einem Beschluß abzugehen, der geeignet wäre, das durch ihre Bestrebungen in Vorschlag gebrachte Versöhnungswort zu gefährden. Man ist übereingekommen, daß die übrigen Kabinette diesen Schritt unterstützen würden. Lassen Sie mir in der kürzest möglichen Frist die Antwort der griechischen Regierung zu geben.

Ein anderes Telegramm des Ministers des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Athen vom 3. Februar lautet:

In dem Ihnen zufolge möglichen Fall, daß der König von Athen eine Frist verlangen würde, hätten Sie zu antworten, daß die Kon-

ferenz nicht darauf eingehen könnte. Aber ich habe mich mit den Bevollmächtigten verständigt, um den Ausdrücken meiner Mittheilung: „Die folgende Woche“, die breitere Auslegung zu geben und um so die bezeichnende Frist bis zu kommenden Sonntag inclusive auszu dehnen.

Vermischte Nachrichten.

— **Stuttgart**, 1. März. (Märk. R.) Der Rechtskonsulent Dr. Sarwey, Führer der Regierungs- oder liberalen Partei in der Kammer, ist zum Obergerichtsrath und Ministerialrath beim Justizministerium ernannt worden.

— **Wärzburg**, 1. März. Eine gestern stattgefundene Versammlung in Sachen der „Deutschen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit“ war sehr zahlreich besucht und erstattete Rektor Lampert Bericht über die Thätigkeit des Komite's, welches eine Eingabe an das k. Staatsministerium zur Berathung brachte. Dasselbe, die eine Unterjochung der bisherigen Geschäftsführung, sowie eine Einbindung der Genossenschaftsmitglieder von ihren Verbindlichkeiten verlangt, wurde mit allgemeiner Zustimmung angenommen und von den Anwesenden sofort unterzeichnet. Die Unterzeichner repräsentiren für sich und ihre Vollmachtgeber eine Versicherungssumme von 1,160,000 fl., sicherlich ein Betrag, der werth ist, daß man sich um ihn rührt und nicht die Hände in den Schoß legt.

— Die „Herm. Zig.“ erzählt folgende nette Geschichte von der Anhänglichkeit eines Pferdes. Vor etwa zwei Jahren wurde dem Postmeister in Eobis (Eichenbürgen) eines seiner besten Pferde gestohlen. Unlängst wird dem Karlsruher Postmeister ein Pferd zum Verkauf angeboten. Der Postmeister, welcher früher in Eobis gedient hatte, erkennt auf den ersten Blick das unter seiner Obhut längere Zeit hindurch gestandene Pferd, und theilt seine Entdeckung dem kaufwilligen Postmeister mit. Dieser schickt zur Polizei. Der Mann der Sicheitbehörde erscheint. Der Verkäufer faßt über das Eigentumsrecht nicht auszuweisen und wird festgenommen. Man beschleibt zur Agnosirung den Eobiser Postmeister, welcher, weil er krank ist, seine Schwester schickt, die das Pferd im strengsten Sinne des Wortes ergoß hat. Die Dame kommt nach Karlsruhe. Der Dieb längnet standhaft. Sie, die Erzherzogin, ruft den Gaul beim Namen. Der erkennt nach zweijähriger schmerzlicher Trennung die Stimme seiner Pflegezeit, reißt sich von den Banden, die ihn an den Pflock fesseln, mit größter Gewalt los, stürzt wiehern und alle Hindernisse vor sich niederwerfend vor die Gebieterin, bleibt vor ihr stehen, und der Pferde dieb war überwiesen.

— **Paris**, 1. März. Gestern wurde die hinterlassene Messe von Hoffmann zum ersten Mal und zwar bis auf die Soli ziemlich mangelfast aufgeführt. Großen Beifall erlangten das Cum sancto und das Agnus Dei, letzteres ganz wunderbar von Frau Albani vorgetragen. Im Ganzen fand das Werk begeisterte Aufnahme, und man wollte es sogar dem Stabat derselben Meisters vorziehen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 3. März. Das heute erschienene „Gesetzes- und Verordnungs-Bl.“ enthält die Bestimmungen des Ministeriums des Innern: 1) Die Schulhausbauschultheißen betreffend, 2) Die Abrechnung über das Einkommen einer Schulstelle bei Dienstveränderungen betreffend, 3) Die Erhebung und Verrechnung der Zwischengebühren von erlebigen Lehrstellen betreffend.

Karlsruhe, 4. März. Die am 1. d. hier eröffneten Verhandlungen des Oberschulraths mit den Kreis Schulräthen und anderen Fachmännern zur Prüfung des neuen Entwurfs für die Volksschule (Schulordnung und Lehrplan) sind gestern zu Ende gegangen. Wie wir vernehmen, sind wesentliche Aenderungen an dem Entwurf nicht beabsichtigt worden. Bei der Schulordnung sprach sich eine große Majorität für den gänzlichen Wegfall jeglicher körperlichen Züchtigung durch die Lehrer aus. Den Beratungen wohnte auch der Staatsminister, Hr. Dr. Jolly, mehrmals und für längere Zeit bei. Heute haben noch die Kreis Schulräthe und Seminar Direktoren mit dem Oberschulrath über mehrere Gegenstände des Schulwesens zu beraten gehabt.

Pforzheim (Warte). Die auf heute (28. Febr.) von der Kommission zur Gründung eines Gewerksvereins anberaumte Arbeiterversammlung war außerordentlich besucht. Zum Präsidenten wurde der Vorstand des Arbeiterbildungs-Vereins Wittum ernannt. Derselbe ergriß alsbald das Wort und verbreitete sich in einem längeren Vortrag über die Nothwendigkeit der Gründung eines Gewerksvereins. Ich kann nicht umhin, einige Gedanken meines interessanten Vortrages mitzutheilen. Er ging davon aus, daß in Folge der Gewerbefreiheit das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein anderes geworden sei, der Arbeiter sei nicht mehr ein Glied der Familie seines Herrn, sondern sei selbständig gestellt, aber er sei doch nicht so gestellt, wie es nöthig ist, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Es müsse darum — das fühle man allgemein — eine neue Ära für die Arbeiter beginnen. Was aber thun? Die Lassaillaner wollen Staatshilfe, die Sozialisten Selbsthilfe. Wir wollen keine Gemeinshaft haben mit der Ansturzpartei, wir wollen mit Mühseligkeit auf dem Weg des Rechts und der Ordnung unser materielles Wohl zu fördern suchen. Die Vorkehrungen, die Konsumvereine reichen nicht aus, darum seien neue Bahnen einzuschlagen. In England beständen schon längere Zeit sogenannte Gewerksvereine, und diese sollen nun nach Deutschland verpflanzt werden. In Berlin befände sich ein Zentralverein, der an die Arbeiterbildungs-Vereine die Aufforderung gerichtet habe, überall solche Vereine zu gründen. Dieser Aufforderung käme nun auch der hiesige Arbeiterbildungs-Verein nach, alle Goldwaaren-Arbeiter werden aufgefordert, beizutreten und rasch beizutreten, da die Lassaillaner auch solche Vereine gründen. Lasset uns, so schloß er, dem bewährten Wort nachkommen: „Einer trage des Andern Last und Einer für Alle und Alle für Einen.“ Diese Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende sprach nun über einzelne Paragraphen des Statutenentwurfs, welche falsch aufgefaßt worden sind. Der Verein hat den Zweck: die Ehre und die materiellen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Gründung von Kranken-, Invaliden-, Krüppel-, Sterbefällen, sowie dadurch, daß der Arbeiter einen ausreichenden Arbeitslohn erhalte und daß für gesunde Lokale gesorgt werde. Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollen durch ein Schiedsgericht erledigt werden, dessen Mitglieder aus Fabrikanten und Arbeitern zu nehmen sind. Namentlich sei auch besser für die Lehrlinge zu sorgen als bisher. Die Lehrlinge werden die künftigen Arbeiter. Die Arbeitgeber hätten sich gar oft nichts um die Lehrlinge bekümmert, und auch die Arbeiter

mühten sich anklagen, daß sie durch Wort und That vielfach die Moralität der Lehrlinge untergraben. Nach Wittum forderten noch mehrere Arbeiter zum Beitritt auf. Einer meinte: es sei darauf hinzuwirken, daß den Arbeitern das direkte Wahlrecht gegeben werde, damit auch Arbeiter an der Gesetzgebung sich betheiligen könnten. Ein anderer Arbeiter sagte: Das heutige Unternehmen werde von den Arbeitgebern zu schwarz angehen und von den Arbeitern zu rosig. Viele Arbeiter seien der Meinung, daß nun auf einmal alle Noth aufhören werde. Es müsse aber, um den Zweck zu erreichen, bezahlt werden, und da höre bekanntlich die Gemüthlichkeit auf. Wenn etwas Ordentliches erreicht werden wolle, dann müssen Alle beitreten. Ein Fabrikant sprach sich noch dahin aus, daß wenn der Verein in der Weise wirken werde, wie der Vorsitzende ausgeführt habe, die Fabrikanten sich nur freuen könnten. Die Versammlung, die etwa 2 Stunden gewährt hatte, wurde mit der nochmaligen Aufforderung geschlossen, beizutreten.

Aus Baden, 2. März. (Heidelb. Zig.) So eben erfahren wir, daß auch am Schullehrer-Seminar zu Karlsruhe die Anmeldungen von Aspiranten so zahlreich eingelaufen sind, daß manche Gesuche von solchen bereits zurückgewiesen worden sind. Der jetzt da und dort sühbare Lehrermangel wird in wenigen Jahren schwinden, da auch durch Aufhebung kleinerer Schulen, durch Errichtung von gemischten Schulen, durch Aufhebung von Lehrstellen, wo eine solche durch die nicht hinreichende Schülerzahl bei dem Verbrauch für die andern Stellen verlangt wird, Lehrkräfte disponibel werden.

Mannheim, 1. März. (B. L.) Der hiesige Lebensbedürfnis-Verein hat das Haus, worin sein Laden (Nr. 4) ist, in verfloßener Woche um 12,000 fl. käuflich an sich gebracht, und die heute Abend stattgehabte Generalversammlung hat in Anbetracht des guten Standes des Vereins und weil der Kapitalzins in Zukunft weniger beträgt, als der seitherige Mietzins, hiezu einstimmig ihre Genehmigung gegeben. Nicht ganz 1000 fl. werden noch in das Haus verbaut werden, so daß dasselbe auf etwa 13,000 fl. stehen wird. Davon könnten 6000 fl. auf dem Haus stehen bleiben, 7000 fl. aber werden durch 140 Aktien zu 50 fl. aufgebracht, die mit 5 Proz. im Zins laufen. Nach dem Tilgungsplan des Verwaltungsraths müssen dieselben in 20 Jahren, das Jahr mit 4—6 Aktien, zurückbezahlt sein; der Verein hat sich aber das Recht vorbehalten, in beliebiger kürzerer Frist die Inhaber der Aktien zu befriedigen, was nach unserem Ermessen, wenn das Geschäft in der bisherigen Weise zunimmt, wohl schon nach 5—10 Jahren geschehen sein wird. Der Verwaltungsrath des Verbrauchervereins hat die Absicht, in Zukunft zur Bequemlichkeit der Einzelnen noch verschiedene kleinere Verkaufsstellen innerhalb der Stadt zu errichten; auch sieht derselbe mit den Garnisonen behufs der Aufnahme letzterer in Unterhandlung. — Am 5. März haben die Zollbediensteten und andere Angestellte hiesiger Stadt eine zweite Versammlung im Schneeberg, um über die Frage zu beraten, auf welche Weise am hiesigen theuern Platz wohlfeilere Wohnungen und Lebensmittel für die einzelnen Familien zu beschaffen seien. Ebenso soll die Errichtung eines billigeren Kosthauses für die ledigen Angestellten in Erwägung genommen werden. — Am 28. und 29. d. M. wird hier der Verbandstag der süddeutschen Verbrauchervereine über die Frage des gemeinschaftlichen Waarenbezugs, über die Schaffung eines Genossenschaftsgesetzes u. s. w. Verhandlung pflegen.

— Im Odenwald hat sich zur Hebung der Fischzucht eine Gesellschaft gebildet, welche beabsichtigt, durch Einsehung künstlicher Brüt, möglichste Befestigung aller die Fischzucht gefährdenden Zustände, strengen Vollzug der Fischereiordnung die Bäche allmählig wieder zu beleben.

— Im Ortenauer Bogen wird der Gedanke angeregt, das mehrere 1000 Morgen große Wiesengelände zwischen Bühl und Offenbühl bei Rheinbischhofshausen, welches früher durch die Hochwasser der Kinzig gebüngelt worden sei, seit der Kinzigkorrektur aber der Bevölkerung entzogen, auf genossenschaftlichem Wege in Wäasserwiesen zu verwandeln.

— In Laß hat der Gedanke Boden gefaßt, eine Aktiengesellschaft behufs Erbauung zweckmäßiger Arbeiterwohnungen nach Mühlhauser System (Verkauf an die Arbeiter mittelst Annuitäten) zu gründen.

— Auf einer zu Adolfszell abgehaltenen, von mehreren landwirtschaftlichen Vereinen dortiger Gegend beschiedenen Zusammenkunft gab u. A. (nach der Konf. Zig.) Hr. Landeskommissär Sack im Namen des laudw. Vereins Konstanz zur Kenntnis, daß derselbe gesonnen sei, einen Weinmarkt in Konstanz ins Leben zu rufen, der zum Zweck haben soll, daß die Weinproduzenten des Seckreises ihre Muster daselbst ausstellen möchten, um den Konsumenten günstige Gelegenheit zu bieten, an einem Ort sämtliche zum Verkauf ausgestellten Weine kennen zu lernen und davon ihren Bedarf bemessen zu können. Solche Märkte sollen versuchsweise vorerst im Monat April des Jahres abgehalten und nach Bedürfnis erweitert werden.

Frankfurt, 4. März. — Uhr — Min. Nachm. Oester. Kreditaktien 287 $\frac{1}{2}$, Staatsbahn-Aktien 318 $\frac{1}{2}$, National 56 $\frac{1}{2}$, Steuerfreie —, 1860r Loose 85 $\frac{1}{2}$, Oester. Lotaria 96, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 85 $\frac{1}{2}$, Gold —.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

3. März	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 5,1"	0,0	0,91	R.	gg. bed. windig, kalt, Nacht Schnee
Morg. 2	27° 7,6"	+ 2,5	0,48	"	gg. bed. windig, kalt, Nacht 9
Nacht 9	27° 9,1"	+ 0,2	0,94	"	gg. bed. Schnee, gelinde

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 5. März. 1. Quartal. 29. Abonnementsvorstellung. **Sappho**, Trauerspiel in 5 Akten, von Grillparzer. Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ende nach 9 Uhr.
Sonntag 7. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zweite Gastrolle des Königl. württemberg. Kammerjägers Hrn. Heinrich Sontheim. **Die Jüdin**, große Oper in 5 Akten, von Halevy. „Elezar“ — Hr. Sontheim. Anfang 6 Uhr. Ende gegen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

